

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Bénin-MEC/BUG
p.B.58.04.3.

Bern, 5. Juni 1992

Offizieller Arbeitsbesuch
von Nicéphore Soglo, Präsident
der Republik Benin, in Bern
vom 19. Juni 1992

ZUR LAGE IN BENIN

Benin (bis 1975 Dahomey) erlangte 1960 als ehemalige Teilkolonie von Französisch Westafrika die Unabhängigkeit. Nach verschiedenen Staatsstreichen kam 1972 General Ahmed Kérékou, ebenfalls durch einen Putsch, an die Macht. 1974 wurde der Marxismus-Leninismus zur Staatsideologie erklärt. In der Folge wurden die Schlüsselsektoren der Wirtschaft verstaatlicht. 1975 erfolgte die Gründung der Einheitspartei "Parti de la révolution populaire du Benin".

Die sich seit Anfang der achtziger Jahre verschlechternde Wirtschaftslage und die daraus resultierende allgemeine (politische) Unzufriedenheit führte ab 1985 immer wieder zu Unruhen. Unter dem Einfluss der Demokratisierungswelle in ganz Afrika kam es ab 1989 zu offenen Demonstrationen der oppositionellen Kreise gegen das Regime.

Im Februar 1990 wurde Kérékou durch einen zivilen Putsch entmachtet. Die Opposition hatte eine "Conférence nationale" einberufen, die den künftigen Weg Benins festlegte. Diese Nationalversammlung beschloss, ein Mehrparteiensystem und die Demokratie einzuführen, das bisherige Parlament aufzulösen, Kérékous Befugnisse, der gleichzeitig auch Regierungschef und Verteidigungsminister war, auf das Amt des Staatshaupts zu beschränken, eine Uebergangsregierung einzusetzen, bis nach



einer neuen Verfassung eine neue Volksvertretung und ein neuer Präsident gewählt sein würden. Als Vorbild diente das amerikanische Präsidentsystem.

Anfang 1991 fanden nun die Parlamentswahlen statt. Als neuer Präsident wurde im zweiten Wahlgang am 25.3.1991 Nicephore Soglo, der Premierminister der Übergangsregierung, gewählt.

Seit 1989 galt Benin als afrikanischer Modellfall für den Übergang von einer Diktatur zu einer Demokratie. Tatsächlich wurde in diesem Staat Westafrikas die Demokratisierung am frühesten eingeleitet und am gründlichsten und friedlichsten vollzogen.

Ein gutes Jahr nach der Präsidentenwahl steckt das Land in einer schwierigen Phase. Mit dem schnellen Übergang zur Demokratie wurden in der Bevölkerung Hoffnungen auf eine ebenso schnelle Verbesserung der Lebensumstände geweckt.

Tatsächlich hat sich die wirtschaftliche Lage etwas gebessert. Mit der Unterstützung der Weltbank und der Geberländer konnte das Wirtschaftswachstum von 0,9% im Jahre 1990 auf 3% im Jahre 1991 angehoben werden. Paradoxerweise hat sich aber die politische und die soziale Lage in derselben Zeit verschlechtert.

Das von der Weltbank und den Geberländern geforderte Struktur-**anpassungsprogramm** verlangt der Bevölkerung grosse Opfer ab. Eines der grössten Probleme ist dabei der **Abbau des aufgeblähten Beamtenapparates**. Vor 1989 dienten die gesamten Staatseinnahmen der Entlohnung der Beamten, die jedoch samt ihren Familien lediglich 10% der Bevölkerung ausmachten. Als Kérékou 1972 an die Macht kam, gab es 9'000 Beamte. Siebzehn Jahre später waren es deren 47'000. Die Armee wuchs im selben Zeitraum von 2'000 auf 12'000 Mann an. Durch vorzeitige Pensionierungen sollen nun 10'000 Stellen abgebaut werden.

Die Entlohnung der Beamten hat sich als delikates Problem erwiesen. Gewiss sind für den Staat damit enorme Kosten verbunden. Die Regierung kann jedoch nicht ausser acht lassen, dass

jeder Empfänger eines Beamtenlohnes zahlreiche weitere Familienmitglieder ernährt. So sind die Beamtenlöhne einerseits Existenzgarantie für mehr als 10% der Bevölkerung, und andererseits gleichzeitig ein wichtiger Impuls für die Wirtschaft.

Auf die Sparübungen der Regierung im Rahmen des Strukturanpassungsprogrammes reagierten grosse Teile der Bevölkerung im September 1991 mit einer vehementen Streikwelle. Mit dem Versprechen, demnächst eine nationale Konferenz zur Erörterung der anstehenden Wirtschaftsprobleme einzuberufen, gelang es Präsident Soglo, eine Atempause zu erwirken. Diese Konferenz lässt jedoch noch auf sich warten.

In dieser schwierigen Restrukturierungsphase täte entschiedenes politisches Handeln Not. Seit Ende Juli 1991 regiert jedoch eine Drei-Parteien-Koalition, die lediglich 12 der insgesamt 64 Sitze in der Nationalversammlung innehat. Entsprechend muss Soglo von Fall zu Fall versuchen, die notwendige Parlamentsunterstützung zu bekommen. Wie wenig handlungsfähig die Regierung ist, zeigt auch der Umstand, dass die nach der Verfassung vorgesehenen Institutionen des Verfassungsgerichtes, des Wirtschafts- und Sozialrats sowie die "Haute autorité de l'audiovisuel" noch immer nicht geschaffen sind.

An der Person des Präsidenten wird mehr und mehr Kritik laut. Wurde das alte Regime der Korruption, des Nepotismus und der Unterschlagung öffentlicher Gelder bezichtigt, so wird Soglo zumindest Nepotismus angelastet. Monsignore Isidore de Souza, der 1990 die Nationale Konferenz präsiert hatte, meint in einer Gesamteinschätzung der Lage, die Situation sei heute schlimmer als unter Kérékou. Der Vorwurf des Nepotismus zumindest scheint berechtigt. So wurde Désiré Vieyra, der Schwager des Präsidenten, auf den Posten des Staatsministers berufen.

Kritisiert wird auch Soglos Umgang mit der Opposition. In das Amt des Parlamentspräsidenten wurde überraschend nicht Soglos Wunschkandidat Joseph Kèkè, sondern sein Gegenkandidat Adrien Houngbédji gewählt. In der Folge soll Soglo während einiger

Zeit versucht haben, den unerwünschten Parlamentspräsidenten kaltzustellen, indem er ihm die protokollarischen Privilegien nicht zu Teil werden liess.

Auf Kritik stösst auch die mangelhafte Beachtung der Menschenrechte. Wenn auch Amnesty International eine markante Verbesserung in diesem Bereich anerkennt, hält diese Organisation fest, dass mehrere unter dem alten Regime Inhaftierte immer noch auf einen Prozess warten. Es wird ferner der Vorwurf erhoben, Soglo versuche die Freiheit der Presse einzuschränken. Aufgrund der grossen Proteste gegen die Sanktionen, die über unbotmässige Journalisten verhängt worden waren, sollen die entsprechenden Massnahmen wieder zurückgenommen worden sein. Dennoch wurde Mitte Januar erneut ein für seine provokatorischen Artikel bekannter Publizist wegen "Verleumdung des Staatschef und seiner Familie" vor Gericht zitiert.

Das Beispiel Benins zeigt - trotz des bis anhin recht positiven und friedlichen Verlaufs - wie schwierig es ist ein afrikanisches Land auf einen Demokratiekurs westlicher Prägung zu bringen.

